

Ihr Anliegen ist bei uns in guten Händen

Telefon
Wir nehmen von Montag bis Freitag von 14 bis 15 Uhr Ihre Informationen, Hinweise und Anregungen telefonisch entgegen:
081 255 50 53

@ **Leserbriefe** können Sie uns auf forum@suedostschweiz.ch mit einer maximalen Anzahl von 2500 Zeichen (inkl. Leerzeichen) zukommen lassen. Über Leserbriefe wird keine Korrespondenz geführt.

Forum Online
Wollen auch Sie Ihre Meinung zu einem Thema online äussern? Dann schreiben Sie jetzt Ihren Leserbrief.
suedostschweiz.ch/forum

Bilder
Ihre Schnappschüsse senden Sie an reporter@suedostschweiz.ch oder als direkten Upload auf suedostschweiz.ch/so-reporter.

Petition: Machen Sie Ihr Anliegen zum Thema. Direkt und online können Sie eine Petition starten und Unterschriften sammeln. Bei genügend Unterschriften melden wir Ihr Anliegen der zuständigen Gemeinde.
www.suedostschweiz.ch/petition

Leserbriefe

Journalisten müssen die Wahrheit schreiben

Ausgabe vom 16. April

Zum Leserbrief «Herr Masüger, Ihre Strategie ist lächerlich»

Eine Leserbriefschreiberin aus Rhäzüns greift in ihrem Schreiben massiv den Kolumnenschreiber und Journalisten Andrea Masüger an. Sie wirft ihm vor, in seiner Kolumne «Masügers sagt's» die SVP blosszustellen. Zum Beispiel soll Masüger sich erlauben haben, allgemein bekannte Wahrheiten auszusprechen. Die grösste Partei der Schweiz hat sich auf die Seite der Coronaskeptiker gestellt, die Massnahmen bekämpft und aktuell ist sie die einzige Partei, die Verständnis für das Vorgehen Russlands gegen die Ukraine zeigt. Ob dieses Tun und Lassen der SVP-Elite klug und weitsichtig war: Darüber kann man bestimmt anderer Meinung sein.

Es ist die Aufgabe von Journalisten, die Wahrheit auszusprechen und in die Zukunft zu sehen. Dies tut Herr Masüger. Er ist bestimmt kein Neider der SVP, sondern ein ernster Journalist, der sein Handwerk versteht und uns einen unverzerrten Spiegel der Gegenwart zeigt.
Jean-Marie Zogg aus Bonaduz

Die Stadtpolizei soll entscheiden

Ausgabe vom 14. April

Zum Leserbrief «Endlich Tempo 30 in Chur»

Frau Hablützel geht in ihrem Leserbrief irrtümlicherweise davon aus, der Churer Gemeinderat habe in seiner letzten Sitzung beschlossen, in der Salvatorestrasse eine Tempo-30-Zone einzurichten.

Das Parlament hat das Thema aber nur debattiert, weil Ratsmitglied Dr. Jean-Pierre Menge im Dezember 2021 mit einem parlamentarischen Auftrag die Forderung nach einer Tempo-30-Zone in der Salvatorestrasse an den Stadtrat gestellt hatte. Allerdings übersah er dabei, dass weder der Gemeinderat noch der Churer Stadtrat für diese Frage zuständig ist, sondern einzig die Stadtpolizei.

Besonders stossend ist vorliegend, dass Dr. Menge (mittlerweile Ratspräsident) im Herbst 2021 genau im fraglichen Perimeter der Salvatorestrasse eine Wohnung erworben hat. Dies hatte er weder in seinem Auftrag noch im Gemeinderat erwähnt. Er hätte vielmehr in Ausstand treten müssen, weil er selbst als Neo-Eigentümer ein unmittelbares persönliches Interesse daran hat, vor seiner zukünftigen Haustüre Verkehr und Tempo einzudämmen. Vom Ratspräsidenten darf erwartet werden, dass er diese Bestimmungen kennt und besonders treu wahrht. Ob Tempo 30 an

der Salvatorestrasse eingeführt wird, soll die zuständige Stadtpolizei entscheiden.

Romano Cahannes aus Chur

Millionen für Verletzung der Menschenrechte?

Die Frontex (die EU-Grenzschutzpolizeitruppe) hat sich seit ihrer Gründung vor zehn Jahren wirklich keinen guten Ruf erwirtschaftet. Sie soll den Schengen-Raum, zu dem auch die Schweiz gehört, vor «illegaler Migration» an den Aussengrenzen schützen respektive die EU-Staaten darin unterstützen.

Tatsächlich ist die Frontex ein unverzichtbarer Teil der «Festung Europa», welche es allen Migranten, vor allem aber Flüchtlingen, zunehmend schwer bis unmöglich macht, überhaupt bis an eine europäische Aussengrenze zu gelangen.

Die UNO-Flüchtlingskonvention legt fest, dass alle Menschen das Recht haben, an jeder Grenze ein Asylgesuch zu stellen. Und alle haben ein Recht auf eine faire Prüfung dieses Gesuchs. Viele Staaten foutieren sich leider um dieses Recht, und die Frontex unterstützt sie tatkräftig dabei, indem zum Beispiel Flüchtlingsboote auf dem Mittelmeer zur Umkehr in die libyschen Folterlager gezwungen werden, oder indem sie wegschaut, wenn an den Grenzen Menschen zurückgeprügelt werden. Neu soll die Frontex zunehmend bewaffnet werden und auch für Zwangsaus-schaffungen zuständig sein.

Der anteilmässige Schweizer Beitrag an die Frontex soll in den nächsten Jahren von 24 auf 61 Mil-

lionen Franken erhöht werden. Die Verdreifung des Budgets lässt nichts Gutes erahnen, im Gegenteil. Natürlich müssen wir mit den anderen Schengen-Staaten zusammenarbeiten. Aber nicht so. Darum stimme ich Nein zur Frontex-Beitragserhöhung.
Gustav Ott aus Domat/Ems

Hotellerie sagt Ja zu Frontex

Bei der Frontex-Schengen-Abstimmung vom 15. Mai steht für die Tourismusbranche viel auf dem Spiel. Bei einem Nein droht der automatische Ausschluss der Schweiz aus dem europäischen Schengen-Raum. So steht es klar in Artikel 7 des Abkommens. Ohne «Schengen» wiederum würde die Schweiz zur Visums-Insel, denn Touristen aus den wichtigen Fernmärkten ausserhalb Europas benötigen dann ein separates Visum für die Schweiz. Studien beziffern den Verlust für die Schweizer Beherbergungs- und Tourismusbranche auf jährlich über eine halbe Milliarde Franken. Hinzu kommen die Grenzkontrollen, welche wieder eingeführt werden müssten, weil die Schweiz wieder zur Aussengrenze der EU würde. Für die Gäste (und auch für uns) bedeutet das Reisebürokratie statt Reisefreiheit. Für die Betriebe bedeutet es das latente Risiko von Lieferengpässen oder Verspätung bei verderblicher Ware.

Eigentlich hatten wir 2019 mit der Übernahme der Waffenrichtlinie genau die gleiche Ausgangslage. An Schengen hängt die Reisefreiheit, der Visumsraum, die offe-

nen Grenzen, die Sicherheit und das gute Verhältnis zu unseren Nachbarn. Ein Nein hingegen würde das Kind mit dem Bade ausschütten. Sagen wir daher Ja am 15. Mai.

Jürg Domenig, Geschäftsführer
Hotellerie Suisse Graubünden, Chur

Gute Arbeit in schwierigen Zeiten

Bald ist es so weit und wir sind aufgerufen, den Grossen Rat nach dem neuen Wahlsystem zu wählen. Machen Sie wie ich davon Gebrauch und legen die Liste 1 unverändert in die Urne und schreiben den Namen von Peter Peyer auf den Wahlzettel und damit seine Wiederwahl. Belohnen Sie die gute Arbeit während der schwierigen Zeit der Pandemie.

Marcus Schaffhauser aus Chur

Jon Domenic Parolini vertritt Südbünden

Es ist wichtig, dass die Regionen des Kantons in der Regierung vertreten sind. Jon Domenic Parolini ist der einzige Regierungskandidat aus Südbünden. Er kennt unsere Anliegen und setzt sich nicht nur für die Kultur und unsere Sprache, sondern auch für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung unseres Kantons ein. Als Mitglied unseres Vereins zeigt er auch die Verbundenheit zum Handel und Gewerbe. Deshalb unterstützen wir die Wiederwahl

von Jon Domenic Parolini in die Regierung.

Richard à Porta, Präsident Handels- und Gewerbeverein Engiadina Bassa, aus Scuol

Weiter so!

Als junger Landwirt durfte ich in den vergangenen vier Jahren unseren Regierungsrat und Volkswirtschaftsminister Marcus Caduff kennen und schätzen lernen. Wir Bündner dürfen uns glücklich schätzen, einen solch kompetenten und dossierstarken Regierungsrat an der Spitze der Kantonsregierung zu haben. Marcus hat eine klare Meinung und bringt sich bei jeder Möglichkeit für unseren Kanton und unsere Alp- und Landwirtschaft ein. Dies insbesondere, indem er eine klare Position zur Regulierung der Grossraubierte bezieht. Stabile Rahmenbedingungen in der Agrarpolitik sind für uns Bündner besonders wichtig, dies weiss Caduff, der in der Val Lumnezia auf einem Bauerndorf aufgewachsen ist, sehr genau. Mit seiner starken Vernetzung bis nach Bundesbern weiss er gekonnt die Anliegen der Bündner Alp- und Landwirtschaft einzubringen.

Ich wähle am 15. Mai Marcus Caduff, damit wir in unserem schönen Kanton auch in Zukunft besiedelte Täler und gepflegte Landschaften bis in die höchstgelegenen Lagen haben.
Ursin Gustin aus Donat

Taten statt Worte

Die grössten Herausforderungen unserer Gesellschaft sind heute der Klimawandel und die Erhaltung der Biodiversität, beides wesentliche Grundlagen für das Überleben der Menschheit als Ganzes. Von der Klimaerwärmung und vom Verlust der Biodiversität sind alle Lebensbereiche betroffen. Deshalb muss auch in allen Lebensbereichen angesetzt werden, in der Energieproduktion, in der Landwirtschaft, im Verkehr, im Bauwesen, im Tourismus und in vielem mehr. Das Wissen, wie die Ziele zu erreichen sind, ist vorhanden. Nun sind die notwendigen Schritte gefordert, um diese Ziele zu erreichen.

Mit einer ersten Etappe eines Green Deals sind in Graubünden verschiedene Massnahmen vorgesehen. Nun geht es darum, diese Massnahmen auch umzusetzen und in einem nächsten Schritt weitere Massnahmen zu planen. Zu lange wurden nur wirtschaftliche Aspekte berücksichtigt. Es muss ein wirklich nachhaltiges und umfassendes Denken und Handeln Platz erhalten, wo auch ökologische und soziale Aspekte einbezogen sind. Diese Voraussetzungen erfüllen die SP und die Grünen. Deshalb wähle ich am 15. Mai Kandidatinnen und Kandidaten der Liste 1 von SP und Grünen.

Monica Kaiser-Benz aus Thusis

Leserbild



Rotkehlchen im blühenden Kirschbaum.

Bild Henk Melcherts